

WENN DER MILLIONEN-DEAL ZUM NO-DEAL WIRD.

Wie schnell muss man rudern, um nicht mit dem Bürgermeister unterzugehen?

ZUM STAND DER DINGE.

Zuerst werden die UBP Unabhängige Bürger Pfungstadt gemieden, dann der politischen Zu-neigung zur AfD bezichtigt und zudem beschuldigt, nicht nur den Bestand der Brauerei, son-derne auch der Arbeitsplätze dort leichtfertig und bewusst aufs Spiel zu setzen. Warnungen werden als Hirngespinnste der UBP in den Wind geschlagen, deren Informationsangebote schroff abgelehnt. Die kaufmännischen und finanztechnischen Fähigkeiten der UBP-Stadträte werden angezweifelt, und so weiter und so fort.

WAS TREIBT DEN INVESTOR UM?

Richtig ist: Der Investor hat der UBP weder einen Anwalt an den Hals gehetzt noch ein Ab-mahnschreiben zukommen lassen. Er hat nicht mit der UBP telefoniert, hat keine Mail ge-schrieben und sich nicht beschwert. Er hat die UBP und ihre Veröffentlichungen schlichtweg ignoriert. So, als sei er persönlich nicht betroffen. Möglicherweise ahnte er, dass die UBP alle ihre Behauptungen unter Nennung von Zeugen, Berichten und Aktenzeichen belegen kann. Vielleicht hat er auch erfahren, dass wir seinem Ansinnen, eine bestimmte Immobilie sofort nach Grundbucheintrag weiter an die Bergstraße zu verhöckern, auf die Schliche gekommen sind. Die hessische Welt ist eben klein.

NUN IST GENAU DAS EINGETRETEN, WOVOR DIE UBP BISHER EINDRINGLICH GEWARNT HAT.

Der Investor sträubt sich plötzlich (für den Bürgermeister überraschend?) die geringsten sei-ner vorher vollmundig gegebenen Zusagen einzuhalten bzw. deren Umsetzung schriftlich zu bestätigen. Er steigt unter dem Vorwand fehlenden Vertrauens seitens der Stadt aus dem Ge-schäft aus. Ein nicht unbekanntes Vorgehen bei ihm.

Hätten sich die anderen Pfungstädter Fraktionen so intensiv mit dem Thema beschäftigt wie die UBP – es wäre auch ihnen klar geworden, dass es so kommen würde.

Von anderen Parteien wollten nur zwei Stadtverordnete bei dem Deal nicht mitmachen, wei-tere fünf hatten wenigstens Bedenken und haben sich bei der Abstimmung zum Eckpunkte-papier enthalten. Für alle anderen gab es offensichtlich kein Zögern, beim „großen Coup“ da-bei zu sein.

DIE MÄNTEL WERDEN PLÖTZLICH IM WIND GEDREHT.

Kaum ist nun der Rückzug des Investors verkündet, werden die Mäntel im Wind gedreht, und die Befürworter haben seltsamerweise schon immer Bedenken gehabt.

Die **SPD** will plötzlich „immer betont haben, dass es gut wäre, wenn die Brauerei am alten Standort erhalten bliebe“. Das aber war nie das Ziel des Investors, sondern eine Aussage, die nur mit dem Angebot des zweiten Bieters in Verbindung gebracht werden kann. Der alte Standort sollte von Anfang an aufgegeben werden, weil angeblich genau dort die ideale Möglichkeit für Wohnbebauung bestehe. Das Attribut „bezahlbar“ ist übrigens in diesem Zusammenhang nie gefallen. Warum und mit welcher Intension betreibt der Bürgermeister mit dem Investor eine Sightseeing-Tour durch Pfungstadt mit dem Ergebnis, das Schwimmbadgelände sei der ideale Standort für die Brauerei? Das verlangt zwingend nach einer öffentlichen Aufklärung für die Bevölkerung.

"Enttäuscht" ist **CDU**-Fraktionsvorsitzender Eberhard Klüber. "Das Projekt ist uns verkauft worden als Schritt in die Zukunft, der Bürgermeister hatte ja einen Schulterschluss mit der Brauerei."

Für die **FW**, die beim Eckpunktepapier noch geschlossen zustimmten, „kam die Nachricht des Rückzugs nicht überraschend“, sie wusste plötzlich, dass „das Angebot des Investors totaler Unsinn ist“.

Der Fraktionsvorsitzende der **FGL**, wirft der UBP Rechthaberei vor und zugleich, „keine praktischen Vorschläge zur Rettung der Arbeitsplätze gemacht zu haben“. So, als wäre die UBP zu irgendeinem Zeitpunkt in die Verhandlungen mit der Brauerei bzw. bei internen Strategiegesprächen (die es hoffentlich gab) eingebunden gewesen wäre. Nicht einmal über ein Zwischenergebnis hat man die UBP informiert und um Rat hat man uns eh nicht befragt.

Und um die **FDP**, deren Ortsverbandsvorsitzender in allen erdenklichen Medien ein Statement abgibt, ist es ziemlich ruhig geworden. Sätze wie „wir haben die schwierige und weitreichende Entscheidung im Dezember 2019 getroffen, wissend, wie der weitere Ablauf sein würde“ oder „Wir haben dies getan, nachdem wir uns intensiv mit den Hintergründen auseinandergesetzt haben und die Vor- und Nachteile eines möglichen Verkaufs und den dann folgenden Neubau einer modernen Brauerei auf dem Gelände bewertet haben“, verdienen Beachtung.

Bisher vereinte und begeisterte die Aussicht auf ein Wahnsinnsgeschäft den Bürgermeister und die anderen Fraktionen. Jetzt kommt bei letzteren noch heftiges Zurückrudern dazu. Dass man dem Deal nur zugestimmt hat, „weil er (der Bürgermeister) ja händeringend gebeten hat, dem Projekt zuzustimmen“ [Eberhard Klüber], ist nur einer der entlarvenden Sätze, mit denen man versucht dem Bürgermeister die volle Verantwortung zuzuschieben und seine eigenen Hände in Unschuld zu waschen.

Was sagt man denn dazu?